



Mit regionalem Wir-Gefühl zu Perspektiven

MIT-Vorstände sehen trotz negativer Auswirkungen der Corona-Pandemie Anlass zum Optimismus in Osthessen und fordern mehr Eigenverantwortung

Von unserem Redaktionsmitglied
ANDREAS UNGERMANN

FULDA

Grüne Lichter für die Öffnung in der Gastronomie, rote Kleidung als Hilferuf des Einzelhandels: Osthessens Wirtschaft wünscht sich eine Perspektive in der Corona-Pandemie. Dafür plädieren auch Hans-Dieter Alt, Jürgen Diener und Edwin Balzter von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Fulda (MIT). Sie machen aber auch deutlich: Für die Region besteht durchaus Optimismus.

Es gibt zahlreiche Horrorszenerarien, wie die Innenstädte nach Corona aussehen werden. Wie wird es in unserer Region sein?

Hans-Dieter Alt: Ich bin hoffnungsloser Optimist. Aber es wird Veränderungen geben – nicht nur zum Besseren. Der stationäre Handel wird Probleme haben, weil der Internethandel bewiesen hat, dass er eine Versorgung leisten kann. Aber unsere mittelständische Wirtschaft gerade in der Region Fulda ist sehr widerstandsfähig, weil Unternehmer nicht nur ökonomisch denken, sondern mit Herzblut an ihrem Betrieb hängen. Bei den Dienstleis-

tern, der Gastronomie und der Hotellerie haben wir in Fulda günstigere Voraussetzungen als in Metropolregionen, wo die Mieten deutlich höher sind.

Jürgen Diener: Es gibt zweifellos negative Einflüsse durch die Pandemie. Ich glaube aber, dass in unserer Region der Handel stabil agiert, dass Gastronomie und Hotellerie einen finanziellen Backgrund haben. Solche Betriebe werden Konzepte entwickeln, wie man die Zukunft gestalten kann. In der Mittelstandsvereinigung beschäftigen wir uns intensiv mit der regionalen Entwicklung. Um etwas für die Attraktivität zu tun, braucht es Ideen und Mut. Leider sind wir aber oft überreglementiert, und es fehlt der Esprit zu sagen: „Wir könnten dies und jenes.“ Außerdem müssen wir stärker erklären, welches Potenzial Fulda hat und wie interessant die Stadt und die Region sind.

Edwin Balzter: In Fulda sehe ich eine große positive „Verbrauchswelle“ auf uns zukommen, nicht nur im Handel. Die Menschen werden Urlaub suchen – egal wie, egal wo. Wenn wir die Stadt und die Rhön zusammenbinden, haben wir genau dafür ein unvergleichbar schönes Angebot. Darauf sollten wir uns einrichten und uns beispielsweise stärker als Fahrrad-Region profilieren.

Diener: Da müssen wir in der Tat mehr tun – gerade auch im Bereich des gehobenen Tourismus

und bei der 4- und 5-Sterne-Hotellerie.

Wird die Arbeitslosigkeit steigen?

Alt: Ich gehe davon aus, dass die Arbeitslosigkeit leicht steigen wird, aber dass wir in dieser mittelständisch geprägten Region auch in der Lage sind, viele unserer Mitarbeiter zu halten und ihnen weiterhin Perspektiven zu bieten. Übrigens: Gerade im Hotel- und Gaststättengewerbe gibt es derzeit viele Abwanderungen von Mitarbeitern, die in den Einzelhandel oder in das Lebensmittel-Handwerk gewechselt sind. Die werden nicht mehr zurückgehen, weil sie sich jetzt auch an Arbeitszeiten gewöhnt haben, die sie so in der Gastronomie nicht finden. Da sehe ich negative Auswirkungen, die dauerhaft sind.

Herr Diener, Sie beklagen überbordende Reglementierungen – wo genau?

Diener: Die Vielzahl an Gesetzen und Verordnungen bremsen das Denken nach vorne aus, von dem der Mittelstand lebt. Wenn wir Perspektiven entwickeln, ist gleich eine Grenze da – ob nun naturschutzrechtlich oder gestalterisch oder bei Öffnungszeiten. Wir kriegen seit Jahren die Sonntagsöffnungen nicht durch, obwohl wir gute Kontakte nach Wiesbaden haben. Dort müsste beschlossen werden: „Es gibt vier

Sonntage. Kommune, regle das, wie es passt.“ Diese Flexibilität haben wir in Hessen nicht.

Alt: Bei der Corona-Pandemie ist das ähnlich: Wir sind natürlich gebunden an Vorgaben von Bund und Land. Aber warum kann man nicht regionale Öffnungsszenarien besprechen und versuchen, damit der regionalen Wirtschaft Lockerungen zu ermöglichen? Wir haben Abstands- und Hygieneregeln und inzwischen mit Schnelltests auch Möglichkeiten, andere Wege zu gehen, als auf eine Inzidenz von 35 zu warten.

Herr Alt, da sprechen Sie einen interessanten Punkt an. Wären denn Stadt und Kreis bereit für ein regionales Öffnungsszenario?

Alt: Wir sprechen laufend mit dem Oberbürgermeister und dem Landrat darüber. Aber Lockdown heißt Schließung. Das ist eine Bundesanweisung.

Aber man kann doch an Stellschrauben drehen. Es gibt den „Tübinger Weg“, den „Rostocker Weg“ – aber den „Fuldaweg“ mit zum Beispiel einer eigenen Teststrategie gibt es bisher nicht.

Alt: Es gibt hier zum Beispiel eine ja auch von der Fuldaer Zeitung unterstützte Initiative der Händler, die auf breiter Front auf Lieferung und Abholmöglichkeiten hinweisen. Ich kann mir gut vorstellen,

dass sich gemeinsam mit Handel, Gastronomie und Hotellerie eine gemeinsame Öffnungsinitiative realisieren ließe, zum Beispiel durch eine Kombination aus Schnelltests und Hygieneregeln. Aber das müssen die überregionalen Regeln natürlich zulassen.

Sehen Sie dafür nach den Bund-Länder-Gesprächen von dieser Woche einen Hoffnungsschimmer?

Diener: Wir werden prüfen, wie das Land Hessen die neuen Regeln auslegt. Für den Handel sehe ich Möglichkeiten, die wir gerne unterstützen. Für Hotellerie und Gastronomie ist die aktuelle Beschlusslage enttäuschend und ungerecht. Hier wird der Gleichheitsgrundsatz verletzt. Die Branche hat hervorragenden Hygienekonzepte, hier hätte man zum Beispiel mit einer Auslastung von maximal 50 Prozent vorsichtig öffnen können, um auch den vielen Mitarbeitern eine Perspektive zu geben.

Was genau versprechen Sie sich von den von der Regierung angekündigten Massen-Schnelltests?

Alt: Viel, denn damit könnte es die dringend notwendige Öffnungsperspektive geben. Aber: Wenn man die Kunden nur in Einzelhandelsgeschäfte reinlässt, wenn sie einen Schnelltest machen, dann müssen sie den in



Die Bilder

links: Der Geschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Fulda, Edwin Balzter, plädiert für einen starken Tourismus in Fulda und der Rhön.
Mitte: Höhen und Tiefen erlebt MIT-Vorsitzender Jürgen Diener während der Corona-Pandemie.
rechts: MIT-Schatzmeister Hans-Dieter Alt wünscht sich mehr Eigenverantwortung statt „staatlichen Dirigismus“.

Fotos: Jacqueline Kleinhaus

jedem Geschäft machen – und dann wird das ruckzuck teuer. Und wenn man eine Teststelle auf dem Uniplatz einrichtet, funktioniert das auch nicht, weil sich da bei 10000 bis 20000 Besuchern an einem Freitag oder Samstag in der Stadt eine riesige Schlange bilden würde. Ich sehe da viel mehr eine Gemeinschaftsaufgabe der Händler: Man lässt sich einmal in einem Geschäft testen und bekommt ein Bändchen, das dann 24 Stunden gilt und erlaubt, jedes Lokal oder Geschäft zu besuchen. Dann hätten wir eine lokale Lösung. Man muss das Thema nur mal anfassen.

Bis es dazu kommt, dürfte es aber noch etwas dauern. Wie sehen Sie das „Click and Meet“-Konzept, das nach dem Willen von Ministerpräsident Bouffier auch in Hessen Händlern erlaubt, wenigstens für einzelne Kunden zu einem vorher ausgemachten Termin zu öffnen?

Diener: Das bringt der Wirtschaft nicht die notwendigen Umsätze. Schauen Sie: Wir reden seit Wochen über die Luca-App und über Transponder. Wir stellen jedoch Datenschutz vor Gesundheitschutz und verhindern somit die Lösungen. Und in der Konsequenz bleiben die Läden weiter zu. Es kann doch nicht sein, dass das so lange dauert und wir eine Corona-App haben, die nur teilweise wirksam ist, weil keine Verpflichtung besteht, dass wirklich positiv Getestete sich eintragen. Wir müssen lernen, intelligent mit Corona umzugehen. Insofern ist die Kombination aus Hygieneregeln, Testen und digitalem Erfassen von Bewegungen der richtige Weg. Außerdem brauchen wir eine flexiblere Gesetzgebung. Zu Beginn der Pandemie hat die MIT ein Moratorium gefordert, um die ganze Gesetzgebung auf den Prüfstand zu stellen, damit wir in Zukunft wieder Weltmarktführer werden können in verschiedenen Branchen. Das haben auch diverse CDU-Politiker gefordert, aber ich höre davon

nichts mehr.

Wenn Sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen, könnte man die MIT als zahnlosen Tiger bezeichnen.

Diener: Nein. Wir haben von Fulda aus intensiv auf die Politik in Berlin eingewirkt. Der Abgeordnete Michael Brand zum Beispiel hat die Anliegen und Ideen direkt zu Wirtschaftsminister Peter Altmaier und zu Helge Braun ins Kanzleramt gebracht. Wir positionieren uns zudem zu vielen Gesetzgebungen, zum Beispiel zum Lieferkettengesetz. Damit reglementieren wir unsere Unternehmen in noch nie dagewesener Weise. Dieses Gesetz ist für den Mittelstand nur schwer nachvollziehbar und umsetzbar, und es produziert Arbeitslosigkeit und Armut woanders auf der Welt.

Das Volk hat die Regierung, die es verdient, könnte man spöttisch sagen.

Alt: Unsere Gesellschaft hat sich in der Tat von der Eigenverantwortung entfernt. Wenn etwas nicht läuft, wird die Verantwortung schnell an eine staatliche Instanz geschoben, die ein Gesetz oder eine Ordnung schaffen soll. Ich spüre immer mehr staatlichen Dirigismus. Als über das Homeoffice diskutiert wurde, kam als erstes der Ruf nach einer Gesetzgebung auf. Das ist doch der falsche Weg. In Deutschland kann heute ein ausländischer Geschäftspartner nicht einmal ein Geschäftskonto eröffnen, weil die Bank sagt: „Das Geldwäschegesetz zwingt uns, Einzählungen von ausländischen Neukunden zu überprüfen, das kostet uns im Zweifel bis zu 75 000 Euro.“

Balzter: Ich muss jetzt auch mal eine Lanze für den Staat brechen. Wo haben wir so eine Pandemie schon einmal erlebt? Gibt es dafür eine Blaupause? Und welches Land der Welt hat mehr Zuschüsse und Hilfen ausgezahlt als Deutschland? Schlimm ist, dass die gut gemeinten und guten Ansätze noch nicht überall angekom-

“

Wir müssen sagen: „Wir packen das!“ Konjunktur ist zu 50 Prozent Psychologie.

Hans-Dieter Alt
MIT-Schatzmeister

Wir werden prüfen, wie das Land Hessen die neuen Regeln auslegt. Für den Handel sehe ich Möglichkeiten.

Jürgen Diener
MIT-Vorsitzender

In Fulda sehe ich eine große positive „Verbrauchswelle“ auf uns zukommen, nicht nur im Handel.

Edwin Balzter
MIT-Geschäftsführer

men sind, weil sie in der Bürokratie hängengeblieben sind. Dazu hat die MIT die Corona-Ampel entworfen, mit der wir Unternehmern garantieren: Wenn ihr uns meldet, dass etwas nicht funktioniert, habt ihr innerhalb von ein oder zwei Wochen Nachricht vom entsprechenden Ministerium, warum und wo es hängt.

Herr Diener, Sie haben kürzlich vorgerechnet, dass Sie mit ihrem Unternehmen jeden Tag 15 000 Euro verlieren. Wie geht es Ihnen dabei?

Diener: Ich bin 60 Jahre alt, mein Unternehmen ist 60 Jahre alt. Ich kenne nichts anderes. Im März vergangenen Jahres wurden wir gezwungen, den Betrieb runterzufahren in einer Art und Weise, die ich mir vorher nie vorstellen konnte. Wir waren zuvor Jahrzehnte auf Wachstumskurs unterwegs und haben investiert. Und jetzt schau ich vor lauter Langeweile zum Fenster raus. Ich erlebe Höhen und Tiefen in einer Größenordnung, die kann ich gar nicht ausdrücken. Wir haben einen riesigen Schaden erlitten. Sicherlich haben wir auch Hilfen erhalten, aber das ist alles langwierig. Wir mussten die Unterstützung in Form von Beihilfen wie ein Bittsteller beantragen, das war aus meiner Sicht nicht der richtige Weg. Die Hilfen hätten als Rechtsanspruch auf der Schadenersatz-Ebene definiert werden müssen, dann wäre alles viel einfacher zu regeln gewesen.

Alt: Es ist nicht falsch, was Herr Balzter sagt: Wann hatten wir schon mal eine solche Situation? Was ich aber kritisiere, ist, dass falsche Erwartungen geweckt wurden. Wenn der Wirtschaftsminister sagt: „Es gibt eine Novemberhilfe, und die wird sofort ausgezahlt“, dann denken Betroffene natürlich: Es ist jetzt der 15. November – und am 30. November habe ich mein Geld. Und eben nicht am 28. Februar. Auch bei den Lockerungen vermisst der Bürger eine Aussage, wann oder unter welchen Bedingungen es wieder losgeht. Den Mittel-

ständlern geht es in dieser Situation nicht nur ums Geld, sondern um ihr Leben und ihren Beruf – und sie sind Meinungsverschiedener. Mitarbeiter schauen darauf, welche Signale der Chef aussendet. Da müssen wir auch sagen können: Wir packen das! Konjunktur ist zu 50 Prozent Psychologie.

Wie kann man in dieser Situation das Gefühl „Wir packen das!“ vermitteln?

Alt: Wir dürfen nicht nur reden, wir müssen handeln. Ich habe die Menschen in der Region zum Beispiel immer wieder aufgefordert, Essen in den Restaurants zu holen oder Geschenke vor Ort zu kaufen und nicht alles im Internet zu bestellen. Das rettet niemanden, wenn das Einzelne tun. Aber es ist ein Zeichen, dass man die Leute nicht alleine lässt. Ein Wir-Gefühl kann in einer Region viel bewirken.

Sind Sie sich dabei der Unterstützung der Kommunen sicher?

Balzter: Unsere Kommunen haben ein positives Zeichen gesetzt: Sie haben ihre Investitionen nicht zurückgefahren. Davon profitiert die Wirtschaft. Das schafft Stabilität.

Alt: Wir haben in Fulda unser Investitionsvolumen in der Pandemie eher ausgeweitet. Wir haben im Haushalt 120 Millionen Euro für 2021 stehen, die wir ausgeben können. Das werden wir wahrscheinlich gar nicht schaffen, weil es administrativ nicht umzusetzen ist. Aber finanziell kann die Stadt Fulda das stemmen. Und wir haben zusammen mit dem Landkreis sofort das Klinikum gestützt. Wir hatten zwar in Fulda zeitweise mit die höchste Inzidenz in Deutschland, aber nie ein Problem mit der intensivmedizinischen Versorgung. Auch das spricht dafür, in der Pandemie mehr lokal zu organisieren als in Berlin.

Die Fragen stellten Sabrina Mehler, Michael Tillmann, Bernd Loskant und Haldun Tuncay